

Die »Schlacht um Omdurman« und ihre Folgen für den Frieden im Sudan

Annette Weber

Am 10. Mai 2008 fielen 2000 Kämpfer der Sudanesischen Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung (Justice and Equality Movement, JEM) aus Darfur in Omdurman ein, einer Stadt unmittelbar vor den Toren der Hauptstadt Khartum. Halten oder auch nur kurzfristig kontrollieren konnten sie Omdurman nicht. Es gelang ihnen ebenso wenig, über eine der Nilbrücken ins moderne Machtzentrum Khartums vorzustoßen. Die JEM verfehlte somit auch ihr Ziel, die Regierung in Khartum zu stürzen. Gleichzeitig droht in Abyei, an der Grenze zwischen Nord- und Südsudan, der Friedensvertrag zwischen der Regierung und der Südsudanesischen Befreiungsbewegung (Sudan People's Liberation Army/Movement, SPLA/M) zu scheitern. Das Land ist von einer friedlichen Entwicklung weiter entfernt denn je.

Der Angriff auf das politische Zentrum des Landes wirft drei Fragen auf: Welche Auswirkungen wird er auf den Konflikt in Darfur haben? Welche Folgen könnte er für den Nord-Süd-Friedensprozess im Sudan zeitigen? Und welche Konsequenzen sind für den Konflikt zwischen Khartum und der Regierung des Tschad zu erwarten?

Als die JEM Omdurman angriff, hatte sie dabei auf zwei Entwicklungen spekuliert: Zum einen hoffte sie, dass die Militärs, die wie sie aus Darfur stammen, zu ihr überlaufen würden. Zum anderen rechnete sie damit, dass sich auch die Bevölkerung Omdurmans dem Aufstand anschließen würde. Beides trat nicht ein: Die Militärs standen loyal zur Regierung, die Einwohner verhielten sich ruhig. Die JEM hatte sich

verkalkuliert. Dennoch versuchte JEM-Anführer Khalil Ibrahim, die Niederlage im Nachhinein schönzureden.

Allerdings erschütterte der Angriff das Sicherheitsbewusstsein der regierenden Elite in der Hauptstadt. Hatte sie bis dahin doch das Gefühl, hinreichend Vorkehrungen für die eigene Sicherheit getroffen zu haben. Obgleich sich Machtwechsel im Sudan meist durch Militärumstürze vollziehen, war Khartum bislang von Angriffen bewaffneter Oppositionsbewegungen aus der Peripherie verschont geblieben.

Wer ist die JEM?

Die JEM ist eine von ursprünglich zwei Rebellengruppen in Darfur und galt wie

die Sudanesische Befreiungsarmee (Sudan Liberation Army, SLA) jahrelang als Papier-tiger. Gegründet 2002, steht die JEM nun mit ihrem Hauptflügel unter Führung von Khalil Ibrahim, der nach Schätzungen zwischen 2000 und 3000 Kämpfer befehligt. Ihre Waffen beschafft sich die JEM zum einen bei Angriffen gegen die Regierungs-armee, zum anderen wird sie damit von ihrem regionalen Hauptunterstützer ver-sorgt, Tschads Präsident Idriss Déby.

Mit der JEM steht der regierenden Natio-nal Congress Party (NCP) zum ersten Mal eine bewaffnete Gruppierung gegenüber, die aus den eigenen Reihen stammt. Ob-gleich sich die JEM von der Regierung eben-so distanziert wie von Hassan al Turabi, dem geistigen Vater der Regierung und der islamistischen Agenda im Sudan, wurden die Kader der JEM doch in dieser Umgebung sozialisiert. Khalil Ibrahim, ein Protegé Hassan al Turabis, war zwischen 1991 und 1994 Erziehungsminister in Darfur, später Minister für Soziales am blauen Nil und Berater des Gouverneurs im Südsudan. Dabei lag auch der Kampf gegen die SPLA in seiner Zuständigkeit. Bis zum Bruch zwischen Turabi und Sudans Staatspräsi-dent Bashir war Ibrahim auch in den Sicherheitsorganen des Regimes aktiv. Als Abgrenzung vom System lässt sich die Kritik im »Schwarzbuch« verstehen, dem ideologischen Manifest der JEM. Deren vorwiegend aus Darfur stammende Ver-fasser kritisieren vor allem die Dominanz der arabisierten Nilanrainer in der Füh-rungselite Khartums, die über die afrika-nischen Muslime im Sudan herrschen.

Die Reaktion der Regierung

Die Regierung reagierte auf die Offensive der JEM mit aller Härte. Einwohner Khar-tums, die verdächtigt wurden, der JEM nahezustehen, wurden festgenommen. Nach Schätzungen von Menschenrechtlern wurden 300 Menschen verhaftet; viele von ihnen gelten als verschwunden. Fotos auf-gefundener Leichen legen nahe, dass die abgebildeten Menschen gefoltert und um-

gebracht wurden. Die Regierung behauptet, dass es sich um »im Kampf getötete Rebel-len« handelt.

Überraschend kam der Angriff für die Regierung nicht. Laut einem Armee-sprecher hatte es vor dem Marsch auf Omdurman bereits mehrere Gefechte gegeben. Wahrscheinlich wird die Regie-rung den Vorstoß bewusst nutzen, um sich eine Legitimation für die Verschärfung ihrer repressiven Politik gegenüber der Opposition zu verschaffen. Die große Zahl der Verhaftungen deutet auf eine solche Verschärfung ebenso hin wie die Berichte über die Verlegung von Regierungstruppen nach Darfur.

Eine Neuverhandlung des Darfur-Frie-densvertrages (Darfur Peace Agreement, DPA), über den die Regierung bereits 2006 mit drei Rebellengruppen verhandelt hatte, ist nach dem Alleingang der JEM in weite Ferne gerückt. International hat sich die JEM als Verhandlungspartner diskreditiert, weil sie gezeigt hat, dass sie keine poli-tische Lösung anstrebt.

Manche Beobachter werten den Angriff insofern als Erfolg, als sich die JEM da-durch als einzig schlagkräftiger Heraus-forderer der Regierung erwiesen hätte. Die JEM habe durch den Angriff ihre Verhand-lungsposition gestärkt. Ihrem Ziel, einen Elitenwechsel herbeizuführen, ist sie dabei jedoch nicht näher gekommen.

Darfur und die Aussicht auf Frieden

Seit 2003 kämpfen verschiedene Rebellen-gruppen aus Darfur gegen die Zentralregie-rung in Khartum. Mehr als 250 000 Men-schen starben bei den Kämpfen, über 2,5 der knapp 7 Millionen Bewohner Darfurs wurden vertrieben. Nach den Verhandlun-gen über einen Darfur-Friedensvertrag, den die beiden Hauptrebellengruppen ablehn-ten, sind nahezu zwanzig bewaffnete Split-tergruppen entstanden. Viele alimentieren sich durch Beutezüge und zeigen daher kein Interesse an einer Lösung des Kon-flikts. Die JEM versucht, die Regierung militärisch unter Druck zu setzen, um ihr

politische Konzessionen in unilateralen Verhandlungen abzurufen.

Der Angriff auf Omdurman hat auch zur Folge, dass eine mögliche Einigung zwischen den Rebellenbewegungen unwahrscheinlicher wird. Die JEM wird sich ihren Sonderstatus als militärisch forscheste Macht von niemandem streitig machen oder verwässern lassen. Andere Gruppen wie die Sudanesisch Befreiungsarmee (SLA) unter Abdu Wahed werden sich jetzt entweder unter Zugzwang fühlen, ebenfalls militärisch stärker aufzutreten, oder die Gunst der Stunde nutzen, um von der Regierung als Bündnispartner bevorzugt zu werden. Der Angriff der JEM hat in jedem Fall der Regierung in die Hände gespielt, deren Strategie der Spaltung von politischer und militärischer Opposition erneut erfolgreich war.

Schon im Sommer 2007 setzte die JEM auf eine militärische Ausweitung des Darfurkonfliktes und begann, Regierungspunkte in Kordofan anzugreifen. Die JEM hat mit diesen Angriffen eindeutig gezeigt, dass sie den Konflikt mit militärischen Mitteln austragen will und die regionale Darfur-Agenda durch eine nationale Agenda des Regimesturzes ersetzt hat.

Da die Regierung in Khartum der Entsendung einer gemeinsam von den Vereinten Nationen (VN) und der Afrikanischen Union (AU) gestellten Friedenstruppe (UNAMID) zugestimmt hat, sieht sie sich ihrerseits der Verantwortung für Darfur enthoben. Dabei hatte sie sich jahrelang gegen eine internationale Friedenstruppe gewehrt und eine Entsendung nichtafrikanischer Blauhelmsoldaten verhindert. Indem sie auf die Unfähigkeit der internationalen Gemeinschaft, aber auch auf die Spaltung der Rebellen verweisen kann, schafft sich die Regierung Legitimität für militärische Aktionen in Darfur.

Bestand zu Beginn der Kämpfe in Darfur noch die Möglichkeit, verschiedene Rebellengruppen in Friedensverhandlungen einzubinden, ist dies als Folge der Fragmentierung dieser Gruppen nun beinahe unmöglich geworden. Die verschiedenen

Rebellengruppen rekrutieren und mobilisieren zudem verstärkt nach ethnischer Zugehörigkeit. Eine gemeinsame Darfur-Agenda, die gegenüber der Zentralregierung vertreten werden könnte, ist nicht auszumachen.

Dies erschwert vor allem den politischen Prozess im Sudan. Als gravierendes Hindernis für die Arbeit der internationalen Vermittler und der VN-AU-Friedenstruppe wirkt das allseitige Desinteresse an Friedensverhandlungen, das sämtliche Akteure im Sudan an den Tag legen.

SPLM und Auswirkungen auf den Nord-Süd-Friedensprozess

Salva Kiir – Präsident des Südsudan und Chef der dort regierenden Südsudanesischen Befreiungsbewegung (SPLM) – hat den Angriff der JEM umgehend aufs schärfste verurteilt. Dies zeigt, dass die SPLM den Nord-Süd-Friedensvertrag (Comprehensive Peace Agreement, CPA) durch das Vorgehen der JEM bedrängt sieht. Die SPLM ist nicht bereit, die politische und ökonomische Machtverteilung zugunsten einer weiteren Gruppe zusätzlich aufzusplitteln. Diese Position wiederum stärkt die Regierung, verringert sie doch die Wahrscheinlichkeit, dass sich die marginalisierten zusammenschließen – vor allem auf militärischem Gebiet.

Die Verurteilung des Anschlags durch Salva Kiir ist auch als Reflex zu werten, der die politisch und militärisch deutlich schwächere JEM auf ihren Platz verweisen soll. Die SPLM ist dabei ihrerseits durch den Konflikt in Abyei geschwächt, der am 13. Mai offen ausbrach. In der ölreichen Grenzregion zwischen Nord- und Südsudan lieferten sich Soldaten der nationalen Armee und Kämpfer der SPLA, des militärischen Arms der SPLM, tagelang Feuergefechte. Binnen weniger Tage war der Ort zerstört, mehr als 50 000 Menschen befanden sich auf der Flucht. Die Region, deren Zugehörigkeit zu Nord- oder Südsudan in einem Referendum 2011 geklärt werden soll, wird derzeit von UNMIS überwacht,

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

der zweiten VN-Friedensmission im Sudan. Während die NCP und die SPLM in der Regierung der nationalen Einheit in Khartum über die schrittweise Implementierung des Friedensvertrages (CPA) verhandelten, rüsteten beide Seiten ihre Kämpfer und loyale Milizen in der Region Abyei auf. Die SPLM trifft dieser Konflikt mitten ins Herz, für die Regierung in Khartum ist es nur ein weiterer Gewaltausbruch an der Peripherie. Die Glaubwürdigkeit von UNMIS, die aufgrund ihres beschränkten Mandats nicht in die Kämpfe eingreifen konnte, wird unter der Entwicklung in Abyei leiden. Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit von UNAMID in Darfur hat dies schon jetzt.

Wieder einmal ist die internationale Aufmerksamkeit auf den Norden gerichtet, während der Frieden im Süden immer brüchiger wird. Der SPLM ist es seit der Unterzeichnung des CPA nicht gelungen, den Süden ausreichend zu stabilisieren und sich gleichzeitig im Norden durch eine profilierte Politik eine größere Anhängerschaft zu sichern. Anstatt strategisch eine politische Agenda durchzusetzen, spielt sie in der Regierung der nationalen Einheit die Rolle des bloß reagierenden Juniorpartners. Vor allem mangelt es der SPLM national an einer prägnanten Darfurpolitik. Sie ließ sich bislang von den Erfahrungen im Nord-Süd-Konflikt leiten, bei dem die Angriffe auf den Südsudan vorwiegend von Soldaten und Milizen aus Darfur durchgeführt wurden. Das Misstrauen gegenüber den Rebellen aus Darfur ist in SPLM-Kreisen weiterhin vorhanden, obgleich es in der SPLA auch Unterstützung für Rebellen in Darfur gibt. Die SPLM zeigte sich außerstande, die Politik der Nord-Regierung in Darfur zu verhindern oder sich zumindest von ihr zu distanzieren.

Regionale Eskalation

Der Angriff der JEM hat erneut dazu geführt, dass die Grenzen zwischen Tschad und Darfur geschlossen und die diplomatischen Beziehungen der Nachbarstaaten abgebrochen wurden. Die Regierungen

Sudans und des Tschad beschuldigen sich gegenseitig, Rebellen auszurüsten und deren Angriffe auf die Hauptstädte logistisch und personell zu unterstützen. Sollte sich die Krise ausweiten, wird auch die EU-Mission im Tschad von den Auswirkungen des Konflikts betroffen sein.

Schlussfolgerungen

Der Sudan droht an vielen Stellen auseinanderzubrechen. Die Europäische Union und auch die Bundesrepublik Deutschland sollten sich in ihrer Politik jetzt auf ihre Möglichkeiten besinnen. An erster Stelle steht der Schutz des Friedensabkommens zwischen Nord und Südsudan. Die erfolgreiche und von beiden Konfliktparteien anerkannte Mission zur Überwachung des CPA (UNMIS) könnte genutzt werden, um eine Sicherheitszone in Abyei einzurichten.

An erneuten Friedensverhandlungen in Darfur zeigt sich derzeit keiner der Akteure interessiert. Das militärische Primat der JEM sollten externe Akteure indes keinesfalls unterstützen. Auch die Menschenrechtsvergehen der Regierung sollten deutlich kritisiert werden. Solange die Akteure in Darfur nicht daran interessiert sind, die Sicherheitslage der Bevölkerung zu verbessern, wird UNAMID keinen Frieden bringen. Darüber hinaus ist weiterhin nicht abzusehen, wann die Mission voll einsatzfähig sein wird.

Die Vorbereitung auf die landesweiten Wahlen, die laut CPA für 2009 vorgesehen sind, könnte eine Möglichkeit bieten, politische Prozesse im Land zu stärken. Dabei sollten UNAMID und UNMIS, zumindest logistisch, eine wichtige Rolle spielen. Deutschland und die EU könnten ihre Expertise in Parteigesetzgebung und Wählersensibilisierung einsetzen. Auch die Unterstützung der Zivilgesellschaft bei den Vorbereitungen der Wahlen ist für die politische Stabilisierung im Land essentiell. Das Interesse der Regierung an einer Normalisierung der multilateralen Beziehungen kann als Ansatzpunkt für einen wertebasierten Dialog genutzt werden.